

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
11 / 2004

# **Außenpolitik zwischen Krieg und Frieden**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2003
- MUSICA PRO PACE 2003
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

*Alfred Grosser, Paris*

## **Europa sieht Deutschland: Das neue deutsch-französische Verhältnis – ein Pflegefall?**

Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit  
am 3. Oktober 2003 im Rathaus der Stadt

Am 3. Oktober 1990 habe ich mich sehr gefreut. – Darüber habe ich auch in dem Buch *Mein Deutschland* geschrieben, das meine Beziehungen zu Deutschland beschreibt. Ich hatte die Ehre, in der Frankfurter Paulskirche eine Rede zu halten, als in Berlin die deutsche Wiedervereinigung gefeiert wurde. Meine Freude galt der Tatsache, dass Deutschland nun als Ganzes das geworden war, was wir 1955 kaum zu hoffen gewagt hatten: ein geeintes demokratisches Land.

Betroffen war ich dagegen, als am 9. November 1989, dem Tag, an dem die Mauer fiel, *Elie Wiesel*, der 1928 in Rumänien geborene Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1986, fragte: »Wie können sich Millionen von Deutschen so freuen – am Jahrestag der ›Kristallnacht‹ von 1938?« Dagegen erhoben wiederum andere ihre Stimme, unter ihnen *Daniel Cohn-Bendit*, der damals sagte: »Dass junge Deutsche sich über die Freiheit freuen, hatte man sich doch 1945 gewünscht.«

Zwar sagte ein kleines Wahlplakat in Berlin im März 1990 »23: kein Anschluss unter dieser Nummer!« – und es war tatsächlich in manchem Sinn ein Anschluss –, aber ich fand gut, dass die Einheit unter Artikel 23 des Grundgesetzes durchgeführt wurde, denn es hieß, dass die frei gewordenen Deutschen nun Bürger des freien Staats Bundesrepublik wurden. Vieles hat mich an der Form der Wiedervereinigung gestört, aber die Freude darüber, dass das freie Deutschland eine Einheit wird, war doch das Wichtigste.

In Deutschland heißt es damals, *Mitterrand* habe mit seiner Zustimmung gezögert. Das ist richtig, ebenso wie die Tatsache, dass die SPD und die Grünen zögerten und ein *Günter Grass* noch immer skeptisch ist. Tatsächlich hat das Ausland wunderbar mitgespielt, und sogar *Margaret Thatcher* hat sich beugen müssen. Es war keineswegs selbstverständlich, dass die ganze Welt mitmacht und alles so einfach ging. Und es ist noch viel besser gegangen, als es im Rückblick erscheint! Zu Recht betonte damals *Willy Brandt* in seiner vielleicht schönsten Rede am 20. Dezember 1990 als Alterspräsident des ersten *vereinigten* Bundestages, dass ohne

das vereinte Europa alles nicht so leicht gegangen wäre und dass in diesem Sinne *Jean Monnet* einer der Väter der Deutschen Einheit gewesen sei.

Ein anderer ›Vater der Deutschen Einheit‹ war Gast einer Feier im Reichstag: *Jacques Delors*, der – bis jetzt – letzte effiziente Präsident der Europäischen Kommission in Brüssel. Er erkannte sofort, dass die Europäische Gemeinschaft die Wiedervereinigung unterstützen sollte, wofür ihm *Richard von Weizsäcker* bei dieser Feier ausdrücklich dankte.

Delors war entschieden für die deutsche Einheit, weil sie der erste Schritt zur Osterweiterung Europas war. Hier liegt auch der Vorteil des GG-Artikel 23: Nicht eine Synthese zwischen zwei gleichberechtigten Deutschlands, ein Zusammengehen zweier deutscher Staaten, wie es Artikel 146 erlaubt hätte, fand statt, sondern, wie gesagt, der Beitritt der Befreiten zum auf Freiheit begründeten Staat.

Legitimiert waren beide deutsche Staaten gleichermaßen seit 1949 durch die vier Siegermächte, die die deutsche Souveränität ausübten. Aber der westdeutsche Staat war auf Freiheit begründet und der andere nicht. Das war wesentlich, denn die Bundesrepublik ist der einzige Staat in Europa, der nicht auf der Idee der Nation beruht, sondern auf dem Grundgedanken einer politischen Ethik. Er ist begründet worden aus einer doppelten Ablehnung des Totalitarismus: dem der Vergangenheit des NS-Staates und des Totalitarismus in der Nachbarschaft im Osten. Das rechtfertigt die Anwendung des Artikel 23 GG, und aus diesem Grund spielen auch heute noch in Deutschland Begriffe wie *Nation* und *Vaterland* eine geringere Rolle als die Ethik.

Zwei Beispiele: Am 5. Januar 1995 weihte Verteidigungsminister *Volker Rühe* (CDU) die erste Kaserne der Bundeswehr in Berlin ein. Sie wissen, dass bis zur Wiedervereinigung kein deutscher Soldat in Berlin sein durfte. Die Kaserne erhielt den Namen *Julius-Leber-Kaserne* zu Ehren eines sozialistischen Widerstandskämpfers, eines geistigen Vaters von Willy Brandt, der 1933 niedergeprügelt worden war und 1945 hingerichtet wurde. Rühe sagte: »Der Geist des Widerstands gegen den Nationalsozialismus ist die Grundlage der Bundeswehr«. (Übrigens sagte Rühe auch: »Julius Leber war Elsässer, also auch französischer Kultur«; in Frankreich sage ich bei dieser Gelegenheit immer: Ich warte auf den französischen Minister, der von jemandem sagen wird: »Er war Elsässer, also auch deutscher Kultur«.) *Rudolf Scharpings* Tagesbefehl an die Bundeswehr zur Kosovo-Intervention datierte vom 27. Januar 1999. Dieser Tag ist dank *Roman Herzog* seit 1995 ein Tag der Erinnerung für den 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. Bezugspunkt war auch hier die ethisch-moralische Forderung, im Kosovo zu intervenieren, um einer europäischen Verantwortung, die nicht nur politisch, sondern auch militärischer Art sein kann, gerecht zu werden. Das haben nun viele Deutsche verstanden, die in den siebziger und achtziger Jahren absolute Pazifisten gewesen waren. Ich hatte die Ehre, 1983 vor dem Evangelischen Kirchentag zu sprechen, und verteidigte in einer eisigen Atmosphäre den Nachrüstungsbeschluss. Scharping fand Beifall, als er 1999 vor dem Evangelischen Kirchentag die Koso-

vo-Intervention begründete. *Gerhard Schröder* hat genau dieses nicht verstanden, als er sagte, was er nie hätte sagen sollen, dass nämlich Deutschland keinesfalls im Irak intervenieren würde. Das war ein Rückfall in die 70er und 80er Jahre, insofern damit der Sinn der Mitverantwortung verfehlt wurde. Schröders Politik ist nicht diejenige von *Jacques Chirac* und Außenminister *Dominique de Villepin*, die immer ihre Bereitschaft zur gemeinsamen Intervention mit den USA betonten, sofern die Inspektoren Massenvernichtungswaffen finden oder *Saddam Hussein* sie wieder daran hindere, ihre Pflicht zu tun. Sicher gibt es eine deutsch-französische Gemeinsamkeit in der UNO, aber die Positionen stimmen nicht völlig überein, und deswegen musste der Bundeskanzler versöhnlichere Worte an *George Bush* richten, als es Chirac tat.

Dank General *de Gaulle* hat Frankreich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seit 1945 einen ständigen, mit dem Veto-Recht verbundenen Sitz, wenn auch nicht ganz aus eigenem Verdienst. Daraus hätten wir in der Irak-Krise mehr machen können. Der englische Sitz im Sicherheitsrat war *de*



Alfred Grosser

*facto* ein zweiter amerikanischer. Der französische hätte ein europäischer Sitz sein können. Frankreich hätte stärker die anderen Mitgliedsländer, auch die neuen, konsultieren sollen. Frankreich und Deutschland sind über ihr jeweiliges Verhältnis zu den USA einander näher gekommen – Deutschland aus seiner übertriebenen Dankbarkeit gegen die USA heraus, Frankreich in seiner übertriebenen Undankbarkeit. Natürlich kann man zu Recht sagen: Ohne die Luftbrücke der Vereinigten Staaten zur Versorgung der Stadt während der sowjetischen Blockade 1948 wäre Westberlin untergegangen, und ohne den Marshall-Plan wäre Westdeutschland nie wirtschaftlich groß geworden. Ohne den amerikanischen Schutz wäre die Bundesrepublik nicht vor der Großmacht der Sowjetunion sicher gewesen, und ohne die Rüstung der USA wäre die Sowjetunion nicht zusammengebrochen. Andererseits führte dies dazu, dass man immer ›Ja‹ zu Amerika sagte, wie dies selbst für einen Kanzler *Helmut Kohl* galt.

Es ist aber ebenso wenig Antiamerikanismus, George Bush zu kritisieren, wie es Antisemitismus ist, *Sharon* zu kritisieren. Wenn deutsche Zeitungen Recht

hätten, die erklären, warum diese oder jene Kritik an Amerika Antiamerikanismus ist, dann könnte die *New York Times* jeden Tag als antiamerikanisch gelten. Und wenn Sharon zu kritisieren antisemitisch ist, dann ist ein großer Teil der israelischen Intellektuellen antisemitisch. Ich glaube, man sollte sich vor solchen Vereinfachungen verwahren.

Ich meine, dass Frankreich im Sicherheitsrat richtig gehandelt hat, als es im Namen eines Begriffs des internationalen Rechts – an das wir uns halten müssen, auch wenn es oft vergewaltigt wird – der Intervention widersprach.

Warum aber hängen wir so an diesem Recht, das Amerika immer weniger respektiert – sei es im Hinblick auf die Gefangenen auf Kuba, sei es beim Umweltschutz und anderen Gelegenheiten? Hier komme ich auf die politische Moral und das Jahr 1945 zurück. Wir müssen sehen, wie die deutsch-französischen Beziehungen in Europa begründet wurden. Die Präambel der Französischen Verfassung von 1946 ist heute noch gültig und weiterhin Grundlage der Rechtsprechung unseres Verfassungsrates. Sie beginnt mit den Worten: »Nach dem Sieg über die Regime, die versucht haben, die Menschen zu erniedrigen und zu versklaven ...«. 1919 hätte es sicher geheißen: » ... Sieg über *Staaten, Nationen, Völker* ... «. 1946 aber formuliert man »Sieg über Regime«, weil die französischen Widerstandskämpfer, die diese Verfassung geschrieben haben, zwei Dinge wussten. Erstens: Frankreich war nicht einhellig »anti-Nazi« gewesen. Und zweitens: Als die ersten französischen Deportierten in den KZ Dachau und Buchenwald inhaftiert wurden, fanden sie Tausende von dort einsitzenden Deutschen vor und stellten fest, dass die Konzentrationslager zwar *von* Deutschen, aber auch *für* Deutsche geschaffen worden waren. Das verband Gleichgesinnte, und einer der Gründe, warum sich auch Franzosen sofort für die Zukunft Deutschlands engagierten, ist das hier gewachsene Gefühl der Mitverantwortung für die Zukunft Deutschlands. Sie wollten zusammen mit Leuten wie z.B. dem Frankfurter Oberbürgermeister *Walter Kolb*, mit *Eugen Kogon* und *Erich Ollenhauer*, der aus London zurückkam, oder *Max Brauer*, der Oberbürgermeister von Hamburg wurde, und anderen auf einer gemeinsamen moralischen Grundlage Stehenden daran mitwirken, Deutschland zu verändern.

Mitzuwirken – das heißt, Verständnis zu haben für das Leiden anderer, und das ist für mich die Grundlage europäischer Ethik. Dies bemühten wir uns nach 1945 zu organisieren, indem wir uns sagten: Man kann von den Deutschen nur verlangen, dass sie das Ausmaß des Verbrechens des Nationalsozialismus einsehen, wenn wir unsererseits Verständnis für das große menschliche Leiden in den Bombennächten von Dresden und Hamburg zeigen oder für die Millionen von Vertriebenen, von denen ein Teil nie angekommen ist.

In Deutschland wird in den letzten Jahren eine breite Diskussion um die politische Bedeutung dieses Leides geführt, die für mich nicht neu ist: Meine erste Begegnung mit der sudetendeutschen Landsmannschaft hatte ich 1953, als ich in meinem ersten Buch über Deutschland – *L'Allemagne d'occident, Das Deutschland*

*des Westens* – einiges über das Leiden der Deutschen und die Möglichkeiten, dieses Leiden zu ver- und zu überstehen, geschrieben hatte. Das ist etwas, was *Sharon* und die Seinen nicht einsehen wollen: Man kann auch von Palästina nur verlangen, Mitleid zu haben für die israelischen Opfer der Attentate der *Intifada*, wenn man das enorme Leid der Palästinenser im großen Ghetto von *Gaza* anzuerkennen bereit ist.

Seinerzeit haben uns in Deutschland gewisse menschliche Grundeinstellungen zusammengeführt. Wir wurden später deshalb ›schöne Seelen‹ genannt. Aber wir haben dabei gewonnen, denn unser Handeln wurde Vorbild für die Politik, nicht nur weil wir Opfer Hitlers gewesen waren, sondern weil wir Franzosen waren. Am Rande: Ich bin Franzose und lebe in Frankreich. In Deutschland gibt es eine junge Abgeordnete der SPD im Bundestag, die türkischer Herkunft ist. In zwei deutschen Zeitungen las ich: »Eine *Türkin* mit einem deutschen Pass.« Das ist für Frankreich skandalös und markiert einen großen Unterschied zum vereinigten Deutschland: Tatsächlich ist die junge Abgeordnete *Deutsche* – türkischen Ursprungs.

Kürzlich gab unser Innenminister *Sarkozy* in einem Fernsehgespräch mit *Jean Marie Le Pen* eine ziemlich überhebliche Antwort, die unbescheidenerweise auch die meine wäre: »Lieber Herr *Le Pen*, wenn es nach Ihnen gehen würde, wäre ich gar kein Franzose, wäre Ungar. Was für ein Verlust für Frankreich wäre das ....«

Nach dem Zweiten Weltkrieg strebten wir als Franzosen das gleichberechtigte Gespräch mit Deutschland an. Frankreich kritisierte ich in der Algerienfrage, weil ich Franzose bin, ganz im Sinne von *Albert Camus*, der gesagt hatte: »Wir werden nichts retten von Algerien, wenn wir nicht die Gerechtigkeit retten« – leider ist beides nicht geschehen. Die deutsch-französischen Beziehungen haben sich dann bald auf Regierungsebene erweitert, aber einige Leute waren zuerst da: für Europa. Die Väter Europas waren für mich ein Franzose, ein Deutscher und ein Italiener – aber nicht *Konrad Adenauer*, *de Gasperi* und *Robert Schuman*, die später kamen, sondern *Eugen Kogon*, der aus dem KZ Buchenwald befreit wurde, *Altiero Spinel-li*, der aus dem Gefängnis Mussolinis kam, und *Henri Frenay*, zuvor Chef der französischen Widerstandsbewegung *Combat*.

Diese gründeten gemeinsam 1946/47 die erste *Europäische Union der Föderalisten* im Sinn der Mitverantwortung für die politische Demokratie im anderen Land. Dieses grundlegende Ziel wurde dann mit der Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950 Wirklichkeit. Auch der 1963 geschlossene Deutsch-Französische Vertrag ist sehr interessant. *De Gaulle* kam 1958 zur Macht zurück. Er hat sich dabei zu dem bekehrt, was er einst bekämpft hatte, und hatte Millionen von Franzosen mitbekehrt, das war ein großer Verdienst. Im September 1962, nach de Gaulles erfolgreicher Deutschlandreise, wandte sich *Konrad Adenauer* in einem handschriftlichen Brief an den schwerkranken *Robert Schuman*, dessen Namen er übrigens wiederholt orthographisch falsch »Schumann« schrieb, wie folgt:

»Während des Besuches des Generals de Gaulle habe ich oft Ihrer gedacht als des Mannes, der durch den Vorschlag der Montanunion den Grundstein legte zu der Freundschaft, die nunmehr unsere beiden Länder miteinander verbindet. Unserer gemeinsamen Arbeit gedenke ich immer mit Dankbarkeit.«

Seit einigen Jahren wird der 9. Mai als Europa-Tag gefeiert. Aber nicht genügend. Um welches Europa handelte und handelt es sich?

Zuerst einmal das Diplomatische: Ich erinnere an den Deutsch-Französischen Vertrag vom 23. Januar 1963. Vor diesen Tag lag der 14. Januar und davor lag der Oktober 1962. Am 14. Januar 1963 hatte de Gaulle »Nein« zum Beitritt Großbritanniens gesagt. Woher kam dieses sehr entschiedene »Nein«? Man muss berücksichtigen, dass Frankreich und Großbritannien seit Kriegsende vor dem gleichen Problem standen: Für beide Länder war klar, dass sie nicht länger Weltmacht waren, und beide Länder sorgten sich darum, wie sie ihren Einfluss behalten oder wiedergewinnen konnten. Die britische Antwort war von Anfang an, besondere Beziehungen mit einer echten Weltmacht, den Vereinigten Staaten, zu unterhalten. Das hat *Tony Blair* vor kurzem mit der Beteiligung am Irak-Krieg erneut vorexerziert. Aber Großbritannien gehört seit 1973 zur Europäischen Union, und Blair will sogar den Euro einführen. Das ist also ein enormer Spagat, den er vollführt.

Frankreich dagegen strebte danach, ein Europa zu schaffen, in dem es selbst als einziges Land Weltgeltung beanspruchen konnte. De Gaulle soll einmal gesagt haben: »Frankreich und Deutschland sollen so sein, wie der Reiter und das Pferd, wobei Frankreich der Reiter ist.« Das war für ihn auch der Sinn des Deutsch-Französischen Vertrags vom Januar 1963. Dagegen protestierte allerdings der Bundestag, der befürchtete, Adenauer solle gegen die USA instrumentalisiert werden. Warum versuchte de Gaulle gerade im Januar 1963, Deutschland zu benutzen? Im Oktober 1962 hatte es die Kuba-Krise gegeben, und de Gaulles Außenpolitik folgte der Maxime: Sobald der Westen bedroht ist, ist Frankreich der feste Verbündete der Vereinigten Staaten; sobald aber keine Bedrohung mehr erkennbar ist, muss Frankreich gegen Amerika mehr Spielraum erobern. Nach der von *Kennedy* gemeisterten Krise schien diese Möglichkeit gegeben. Auch heute, da Europa vom Irak nicht bedroht erscheint, bemüht sich Frankreich um Spielraum gegenüber den Vereinigten Staaten.

Leider ist es ein erstaunliches Phänomen, dass weder in Deutschland noch in Frankreich die Medien und die Politiker zu wissen scheinen, was dieses Europa bereits heute darstellt: Wenn sie einem Schweizer oder einem Amerikaner erklären würden, was Europa bereits heute ist, würden beide laut gegen ein solches Modell protestieren, denn es ließe sie das Ende des Schweizer oder amerikanischen *Föderalismus* beklagen. In Europa aber sind wir noch nicht einmal konföderativ, d.h. wir haben noch nicht einmal eine gemeinsame Außen- und Militärpolitik. Aber auf vielen Gebieten sind wir schon *mehr* als föderal, denn in den meisten föderalen Staaten würde so viel zentrale Gesetzgebung, wie sie in Europa stattfindet, gar

nicht akzeptiert. Über die Hälfte der in Berlin oder in Paris verkündeten Gesetze kommt aus Europa, und damit beginnt die enorme Heuchelei unserer Regierungen – in beiden Ländern: »Das böse Brüssel will ... « usw. Dieses »böse Brüssel« ist dann immer die *Europäische Kommission*, die allerdings nur ausführt, was im *Europäischen Rat*, d.h. unter Mitwirkung der nationalen Regierung, entschieden worden ist, und zwar im Allgemeinen mit Unterstützung Frankreichs und Deutschlands. In der Öffentlichkeit aber protestieren die Regierungen wacker gegen das, was sie selbst mit entschieden haben, und zwar ununterbrochen.

Es stimmt, dass dieses Europa schon viel ist, u.a. auf dem Gebiet des Rechts. Zwar hat Tony Blair für Großbritannien propagiert: »Wir können doch kein Europa akzeptieren, das auf *sozialem* Gebiet Recht spricht«, aber schon seit fünfzig Jahren gibt es die Rechtsprechung des *Europäischen Gerichtshofes* zu sozialen Fragen. In einem neueren Buch über die englische Politik schreibt die französische Anglistin *Monica Charlot*: »Wer hätte noch vor drei Jahren gedacht, dass die Mutter der Parlamente, das *House of Commons*, sich ohne weiteres auf verfassungsmäßige und rechtliche Normen einlassen würde, die von draußen kommen.«

Tatsächlich ist die britische Gesetzgebung in vielen Fragen den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg – (nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg) – gefolgt. Und bei uns sind die Gerichte mehrfach dringend aufgefordert worden, die europäischen Normen umzusetzen. Das weiß in Wirklichkeit kaum jemand, denn es kann bequem sein zu sagen, dass alles Gute aus Berlin oder Paris kommt und alles Schlechte aus Brüssel. Solange die Medien sich nicht wirklich dafür interessieren, bleiben die Zukunftsperspektiven für ein »Europa der Bürger« sehr bescheiden.

Voraussetzung eines solchen Europas wäre es zunächst, nicht mehr ständig auf dem zu bestehen, was zu Unrecht »kollektive Erinnerung« genannt wird. Es gibt keine »kollektive« Erinnerung, das ist ein falscher Begriff. Niemand kann sich an Vorgänge erinnern, bei denen er nicht dabei war. Was man »kollektive Erinnerung« nennt, wurde uns übermittelt, vermittelt durch die Medien, durch die Familie, durch das Geschichtsbuch, und man hat es sich angeeignet. Das heißt, es hätte auch anders vermittelt werden können.

Ich habe mehrfach versucht, in Ansprachen deutsche Denkmale zu entmythologisieren, darunter das Denkmal auf die *Völkerschlacht* gegen Napoleon von 1813 in Leipzig, das Niederwalddenkmal mit der furchtbaren *Germania* in Rüdeseim und das *Kyffhäuser*-Denkmal in Thüringen mit dem Reiterstandbild von Kaiser *Wilhelm I.* und einer steinernen *Barbarossa*-Figur. Man muss erkennen, dass diese nationalen Erinnerungen in der Regel benutzt worden sind, um Ressentiments gegen Individuen oder ganze Völker zu mobilisieren. Ich bin übrigens auch kein Befürworter des Monuments für die *Holocaust*-Opfer in Berlin, und zwar aus zwei Gründen: Erstens besteht völlig zu Recht die Befürchtung, dass man nie genug polizeilichen Schutz organisieren können, um Schmierereien zu verhindern, die als antisemitisch interpretiert werden. Zweitens muss doch gesagt werden, dass



der Massenmord an den Juden entweder durch Erschießungen und Verscharren der Leichen in Gräben oder durch Vergasung und Verbrennen der Leichen in Krematorien – was auch einen Teil meiner Familie betraf – vollzogen wurde. Tausende von Grabsteinen aufzustellen, das ist in meinen Augen eine Verniedlichung. Man sollte stattdessen in der Berliner Rosenstraße ein größeres Monument errichten, um des Mutes jener christlichen Frauen zu gedenken, die ihre inhaftierten jüdischen Männer durch ihr lautes Protestgeschrei befreien konnten. Man soll auch in Museen wie etwa dem Jüdischen Museum daran erinnern, dessen Architektur wunderbar ist; leider sucht man dort vergebens nach *Karl Marx*, *Rosa Luxemburg* oder *Edith Stein*. Auch in Paris gibt es ein wunderbares Jüdisches Museum. Dort wird der reichen Wechselbeziehung von Islam und Judentum in einer Zeit viel Aufmerksamkeit gewidmet, in der die katholische Kirche besonders intolerant war. Später gab es z.B. auch in Spanien sehr lebendige Beziehungen zwischen Judentum und Islam und einen interkulturellen Austausch. Daran muss heute erinnert werden, da es einen neuen jüdischen *Anti-Moslem-Affekt* gibt und einen neuen islamischen Antisemitismus.

Diese Erinnerung ist auch für Deutschland wichtig, etwa was die Vertriebenen anbelangt. Zwischen Deutschland und Polen haben sich die Beziehungen so weit verbessert, dass ich hoffe, dass die Diskussion um das vorgeschlagene Denkmal für Vertreibungen, neuerdings ›Museum‹ oder ›Recherche-Zentrum‹, nicht wieder alles zerstört. Vor einigen Jahren konnte ich die hervorragenden Verbindungen zwischen den Städten Görlitz und Zgorzelec, dem früheren Vorort von Görlitz jenseits der Neiße, kennen lernen. Heute sind beide Städte verschwistert, liegen inmitten einer *Euroregio Neiße*, haben gemeinsame kommunale Sitzungen und vieles mehr. Die Bedeutung solcher Entwicklungen müssen alle jene anerkennen, die wissen, was 1945 geschah. Viele große Persönlichkeiten unter den Vertriebenen sind hier beispielhaft zu nennen: *Marion Dönhoff*, *Klaus von Bismarck*, die bei vielen Besuchen ihrer ehemaligen Güter in Polen den Menschen dort ihre Freundschaft antrugen. Oder mein Freund *Rudolf von Thadden*, der nach dem Ort, von wo die Familie stammte, den Namenszusatz *und Trieglaff* führt.

Kürzlich lud er alle Trieglaffs in das Heimatdorf ein. Sie begegneten den ortsansässigen Polen und brachten an der Kirche von Trieglaff eine Gedenktafel mit folgendem Text an: »Zum Erinnern an viele Generationen deutscher Trieglaffer, die hier lebten und glücklich waren. Mit guten Wünschen für das Wohlergehen der polnischen Trieglaffer, die heute hier ihre Heimat haben.« Das ist für mich gelungene Vergangenheitsbewältigung. Ein ›Zentrum gegen die Vertreibungen‹ mit vergleichenden Hinweisen wie: »auch die Polen haben gelitten ...«, würde Wesentliches verkennen. Leider geht es derzeit auch zwischen Berlin und Prag nicht gut, nicht zuletzt wegen der deutschen Wiedervereinigung, die fatalerweise die Möglichkeit einer Rückerstattung früheren Eigentums eröffnet hat. Das veranlasste auch die sudetendeutsche Landsmannschaft zur Forderung der Anerkennung ihrer Rückerstattungsansprüche. In den folgenden Diskussionen erhoben *Vaclav Havel*,

*Richard von Weizsäcker* und *Antje Vollmer* ihre mahnenden Stimmen ziemlich vergeblich. Man streitet sich – mit schlechten Argumenten auf beiden Seiten.

Damit komme ich auf das mir sehr wichtige Thema der ethischen und moralischen Grundwerte Europas zurück. Im *Rheinischen Merkur* hieß es kürzlich sinngemäß: »Europa ist christlich, und die bösen Franzosen wollen das nicht anerkennen.« Hier gilt es, etwas richtig zu stellen. Zunächst: Leider haben die Kirchen in Deutschland mit ihrer eigenen Vergangenheit noch nicht völlig aufgeräumt. Ich erinnere an Kardinal *Faulhaber*, der doch einer der vehementesten Gegner Hitlers gewesen war und in einem Hirtenbrief am 8. Februar 1946 schrieb: »Der grausame Abtransport [der Juden], einzig aufgrund des Rassengedankens erfolgt, hatte also auch christliche Nichtarier betroffen, die doch durch die Taufe eine neue Kreatur in Christus geworden waren.« Furchtbarer geht's nicht: Es gibt also Menschen, die mehr wert sind als andere, nämlich die Christen, vor allem wenn sie getauft und gläubig sind. In Deutschland gibt es noch manchmal solche Ausfälle.

Noch wesentlicher ist die Frage, wer denn die *Opfer* sind, und da möchte ich mit einem persönlichen Wort zur Veranschaulichung des Unterschiedes zwischen Frankreich und Deutschland beitragen. Ein deutscher Journalist hat mich einmal so charakterisiert: Ich sei ein »jüdisch geborener mit dem Christentum geistig verbundener Atheist«. Diese Definition ist stimmig. Dass ich Atheist bin, erschreckt in Frankreich niemanden.

Ich bin seit über fünfzig Jahren Mitarbeiter unserer einzigen großen katholischen Tageszeitung *La Croix – Das Kreuz*. Ein von mir veröffentlichtes Buch, das mir sehr am Herzen liegt, heißt *Die Früchte ihres Baumes – Atheistischer Blick auf die Christen*. Besprochen, und zwar brüderlich und lobend, hat es in der katholischen Zeitung ein Bischof. Dieser schrieb in einem seiner Bücher: »Heute ist doch das Wesentliche in Europa nicht eine Bekämpfung der Ungläubigen durch die Gläubigen. Es ist vielmehr der gemeinsame Blick auf den leidenden Menschen.« Dieser »gemeinsame Blick auf den leidenden Menschen« ist es, was mich dem Christentum nahe bringt. Es ist die einzige Religion, die heute – nicht immer – in die Mitte stellt, dass ihr Gott ein leidender Mensch geworden ist. Das ist die wahre Größe des Christentums, blieb aber als solches Jahrhunderte lang ohne die Anerkennung der Kirchen.

Zur christlichen Tradition Europas noch einige Bemerkungen. Erstens: Man muss die Vorstellung fallen lassen, eine christliche Erziehung sei erforderlich, um zu moralischem Handeln zu befähigen. Wäre sie zutreffend, müsste ein Großteil der Bevölkerung in den neuen Bundesländern als unmoralisch gelten, und das kann doch nicht sein.

Ein französischer Dominikaner, Pater *Jean-Pierre Lintanf*, schrieb einmal:

»Der Glaube an Gott ist nicht nötig, um eine Moral zu begründen. Die Moral gehört nicht den Kirchen. Zu behaupten, wie *Dostojewski* es tat, dass, wenn es Gott

nicht gibt, alles erlaubt sei, bedeutet, dass man sich eine klägliche Vorstellung macht vom Menschen, von Gott und von der Moral.«

Das Wesentliche ist doch das praktische moralische Handeln. Der polnische Kardinal und spätere Papst *Karol Wojtyła* schrieb einmal:

»Der Begriff des Nächsten berücksichtigt allein die Menschlichkeit des Menschen, die Menschlichkeit, die jedem anderen zusteht. Der Begriff des Nächsten schafft die breiteste Grundlage der Gemeinschaft, die weiter reicht als irgendeine Andersheit«.

Man sagte mir, er sei Pole und Katholik, aber das war der Grundwert, für den er stand und mit allen Sozialzyklen einsteht. Auch in der deutschen Diskussion ist dies wesentlich. Fragt man sich, ob es einen ›deutschen Katholizismus‹ gibt, so mögen Meinungsunterschiede der Kardinäle in Mainz, in Berlin oder in Köln dagegen sprechen. Aber es bleibt dieser deutsch-französische Unterschied der *laïcité*, des Laizismus in Frankreich. Zu Beginn der 1950er Jahre lud Kardinal *Frings* den Pariser Kardinal und Erzbischof nach Köln ein, der dort in einer Rede vor dem Dom sagte: »1905 hat man uns die Trennung von Kirche und Staat auferlegt«, und damit breite Mitleidsbekundungen bei den Zuhörenden hervorrief. Er fuhr fort: »Was hätte uns Besseres passieren können?« – und erntete allgemeine Verblüffung. Nach hundert Jahren wird heute diskutiert, ob nicht eine gesetzliche Neuregelung ansteht. Die katholische Kirche aber strebt nicht nach einer Änderung. Sie sagt: »Wir sind arm aber frei.«

Die im *Rheinischen Merkur* so angegriffene *laïcité* führt auch potentiell zu einem anderen Umgang mit dem muslimischen ›Kopftuch‹. Bei uns ist das Kopftuch muslimischer *Schülerinnen* ein Problem. Für eine Lehrerin ist das Kopftuch streng verboten, weil es einen Verstoß gegen den Laizismus bedeutete, wollte jemand mit einem großen Kreuz, der jüdischen *Kippa* oder einem Schleier unterrichten. Die staatliche Schule ist neutral, und das ist eine sehr gute Regel. Die Antwort auf die Frage, ob Schülerinnen das Tragen eines Kopftuches erlaubt sein soll, hat unser Verwaltungsgericht den Schulen überlassen. Demnächst werde ich ausnahmsweise in Paris an einer Kundgebung teilnehmen, die zum Protest gegen ein geplantes Gesetz aufruft, das die Ausländer in Frankreich betrifft. Bald soll z.B. ein illegaler Schwarzarbeiter sofort ausgewiesen werden können. Bestraft wurden sie auch bisher schon härter als die Arbeitgeber, die sie ausbeuten.

Wichtige Organisationen haben nun gemeinsam zu dieser Kundgebung aufgerufen: die Liga für Menschenrechte, die katholische Kirche und die evangelische Kirche, und das ist gut so, denn es geht um die Verteidigung von Grundwerten. Jeder Mensch hat seine Würde, und das gilt natürlich auch in Deutschland. Wie sagte *Johannes Rau* in seiner Antrittsrede als Bundespräsident? »Im Grundgesetz ist die Rede von der ›Würde des Menschen‹, nicht von der Würde des *deutschen*

Menschen«. Und wenn in einem Bundesland Unterschriften gegen die Anwesenheit von Ausländern und damit gegen Ausländer selbst gesammelt werden, so finde ich das sehr traurig. Ich weiß nicht, wie etwa die finanziellen Probleme der öffentlichen Kassen zu lösen sind, aber es gibt eine Reihe von Grundprinzipien, die nicht vergewaltigt werden dürfen. Diese Grundprinzipien haben die humanistische Tradition des 18. Jahrhunderts und die christlichen Kirchen gemeinsam. Am Rande sei gesagt, dass die Kirchen eines sehr spät entdeckt haben, nämlich die freiheitliche Demokratie. Man hätte darüber verzweifeln können, als der Papst es für nötig befand, neben Papst *Johannes XXIII.* auch *Pius IX.* heilig zu sprechen, der im 19. Jahrhundert alle freiheitliche Demokratie verneint hat. Der erste Papst, der das Wohl der Demokratie ausdrücklich anerkannte, war *Pius XII.* im September 1944. Auf evangelischer Seite, in einer Entschließung der EKD, hieß es vor noch nicht allzu langer Zeit: »... da ja die Demokratie *seit immer mit dem Christentum verbunden* wird«. Eine der sprechendsten Formulierungen aus der deutschen Nachkriegszeit findet sich in der *Erklärung von Treysa* 1945, wo es heißt, ein falsch verstandenes Luthertum habe glauben lassen, die einzige politische Pflicht der Kirche sei, den Untertanen Gehorsam zu predigen. Eher war es wohl ein *falsch* verstandenes Luthertum, aber dieses Verständnis galt über 400 Jahre lang.

Man muss anerkennen, dass die Demokratie die Gleichberechtigung aller Menschen voraussetzt. Dies ist sicher auch ein christlicher Wert. Aber im 16., 17., 18., 19. Jahrhundert waren solche christlichen Werte gegen die Fürstenwillkür neu propagiert worden: christliche, humanistische Werte, die auch seit 1954 im Programm der SPD stehen, wo es heißt: »Die Wurzeln der Sozialdemokratie sind christliche Tradition, das Christentum, klassische Philosophie, Aufklärung«, und aktuell fanden sie Eingang z.B. in die polnische Verfassung von 1997, in deren Präambel es heißt: »Wir, das polnische Volk – alle Bürger der Republik, sowohl diejenigen, die an Gott als Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit [...] glauben, als auch diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen und diese universellen Werte aus anderen Quellen ableiten [...]«. Dies wäre vielleicht auch eine gute Formulierung für den europäischen Verfassungs-Konvent gewesen, über den ich enttäuscht bin, weil das wenige, was gemeinsam erreicht wurde, noch zerpfückt werden wird.

Vier Staatsmänner, *Aznar, Blair, Schröder, Chirac*, die an dem Erfordernis der Einstimmigkeitsbeschlüsse festhalten wollten, waren sich im Grunde einig darüber, den Verfassungsentwurf zu blockieren. Nur *Joschka Fischer* unterstützte diese Verfassung für ein Europa, in dem die Staaten auf ihre Allmacht immer mehr verzichten.

Ich schließe mit der Frage: Was sind Pessimismus und Optimismus? Ich bin Optimist, also jemand, der sagt, es könnte noch viel schlechter gehen. Ein Pessimist dagegen klagt ständig, es könnte doch viel besser gehen. *Hans Scholl* notierte, kurz bevor er verhaftet und hingerichtet wurde, in einem Brief: »Ich kann nie abseits stehen, weil es abseits kein Glück gibt«. Ich hoffe, Sie stehen nicht abseits vom Geschehen in der Politik und der Gesellschaft. Ein anderes Wort kenne ich

von *Richard von Weizsäcker* – es soll aus dem Talmud kommen und gilt hoffentlich auch für Sie: »Es ist nicht möglich, das Werk zu vollenden – es ist nicht erlaubt, das Werk zu verlassen«.

*Publikum*: Einer neueren Untersuchung zufolge haben die Deutschen zu 44% ›Angst vor dem Osten‹. Diese Prognose stützt sich auf Umfragen unter Wanderungsbereiten, die zu einem Drittel nach Deutschland wollen, zu einem Viertel nach Österreich, zu 9% in die Schweiz und nur zu 4% nach Frankreich. Der Bundeskanzler hat in Europa eine 7-jährige Schutzfrist für die Arbeitsmärkte durchgesetzt. Ist das nicht eine Europäisierung eines deutschen Problems?

Eine zweite Frage gilt der Bevölkerungsentwicklung: Die Franzosen verzeichneten im 19. Jahrhundert ein niedriges Bevölkerungswachstum und erlebten keine Massenauswanderungen. Aber acht Millionen Deutsche gingen allein in die USA. Heute ist es umgekehrt: Die Deutschen haben mit das niedrigste Bevölkerungswachstum in Europa, die Franzosen das stärkste. Liegt das etwa nur an der *École maternelle*, der Vorschule in Frankreich, die verlässlicher ist als die deutschen Kindertagesstätten, oder liegen andere Gründe in unterschiedlichen Mentalitäten?

*Alfred Grosser*: Ja, es gibt in Frankreich wieder mehr Kinder. In Frankreich gibt es eine größere Aufgeschlossenheit für Kinder, die man nicht nur nach dem Nutzen für sich selbst betrachtet. Aber es gibt auch viele gesellschaftliche Vorteile wie z.B. ein erhöhtes Ruhestandsgeld für Eltern von mehr als drei Kindern.

Dass die Verhandlungen über die Osterweiterung die heimischen Arbeitsmärkte für sieben Jahre schützen, ist ein fatales Signal. Es gibt Grundregeln dieser Gemeinschaft, in die man die neuen Länder einlädt. Eine davon ist die freie Wahl des Arbeitsplatzes. Ich glaube nicht daran, dass es eine polnische Invasion in Westeuropa geben wird, so wie sie Frankreich im 19. Jahrhundert erlebte. Heute kommen nicht Polen nach Frankreich, sondern Nordafrikaner.

Aber die Osteuropäer werden ebenso wenig zuwandern, wie die Menschen aus Portugal, als dieses Land EU-Mitglied wurde. Es gab damals französische Ängste in Bezug auf Portugal und Spanien. Aber Portugal entwickelte sich dank Europa schnell, und so wird es auch in Polen sein. Ein Teil der Portugiesen, die in Frankreich waren, sind sogar zurückgekehrt. Im Übrigen liest man von den Absichten der deutschen Arbeitgeber, von Industriellen, die eine Masse Kapital im Osten investieren wollen. Das Unglück für Dresden, Leipzig, Magdeburg ist, dass es sich im Osten leichter investieren lässt, denn dort sind die Löhne viel niedriger. Bei der Wiedervereinigung ist seinerzeit entschieden worden, dass die Löhne zwecks Angleichung an Westdeutschland schnell steigen müssen, um eine hunderttausendfache Übersiedlung von Ostdeutschen zu vermeiden. Das schlägt heute zum Nachteil für die ostdeutschen Länder aus.

*Publikum:* Was halten die Franzosen und was halten Sie persönlich davon, dass Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat anstrebt?

*Alfred Grosser:* Ich hoffe, Deutschland und Japan bekommen den Sitz *nicht*, denn dann müssten auch Brasilien, Nigeria, Indien einen Sitz erhalten, sonst würden dort nur die reichen Nationen weiter gestärkt.

*Publikum:* In den USA leben 286 Millionen Menschen, von denen nur 5% einen Pass haben, also jemals außerhalb des Landes gewesen zu sein scheinen. Nur 30% der Berechtigten beteiligen sich an Wahlen, und nur ein relativ geringer Prozentsatz liest regelmäßig Zeitungen. Stattdessen konzentriert sich alles auf das Fernsehen als öffentliches Medium, und das Ergebnis ist eine ungeheure Manipulation der Bevölkerungsmeinung durch die Regierung.

*Alfred Grosser:* Sicherlich ist die Zahl derer, die in den USA an den landesweiten Wahlen teilnehmen, gering, aber das gilt auch für die Schweiz. Dort gilt schon ein Volksentscheid als erfolgreiche Abstimmung, wenn die Beteiligung über 30% liegt. Die Zahl der Teilnehmer an einer Wahl beweist wenig, ist aber immerhin ein Indiz gegen das Funktionieren einer Demokratie. Es stimmt leider auch, dass in der amerikanischen Demokratie heute wenig über das Ausland gesprochen wird. Das Interesse an fremden Sprachen und ausländischen Büchern geht zurück – auch an den Universitäten. Vieles mag nicht funktionieren an dieser Demokratie, auch wird viel manipuliert, und heute gilt – wie in Deutschland oder in Frankreich – die Kommunikation mehr als die Information. Mir scheint, darin gleichen sich alle Länder des Westens, aber Amerika bleibt eine Demokratie, denn man sieht langsam Gegenmächte sich entwickeln, wie übrigens auch in Frankreich.

Der US-Kongress hat übrigens Befugnisse, gründliche Untersuchungen durchzuführen, die bei uns nicht einmal die Untersuchungsausschüsse haben. Und er nutzt sie, wie z.B. die Ermittlungen und Gerichtsverfahren gegen die Chefs der Firma *Enron* zeigen. Wenn in Deutschland dagegen jemand aus der Wirtschaft vor Gericht steht, gibt es einen Aufschrei in der konservativen Presse, die vor Beschädigung der deutschen Wirtschaft warnt.

Ich glaube, Amerika zeigt doch hervorragende Reaktionen, und wir gehören derselben moralischen Welt an, mit allen Schwächen, die wir und andere haben. Die Verbindungen mit den USA sind auch deshalb so bedeutend, weil in Amerika z.B. die Universitäten gute Adressen sind für die Forschung. Wer etwas über das französische Mittelalter wissen will, muss die guten Bibliotheken in Amerika aufsuchen. Wer etwas wissen will über diese oder jene Entwicklung in Europa, muss die Spezialisten in Amerika und neuerdings in Japan konsultieren. Also überschätzen wir uns nicht, und unterschätzen wir die amerikanische, intellektuelle und moralische Grundlage nicht.

*Publikum:* Herr Grosser, Sie haben überzeugend Ethik und Moral als Grundlagen der Demokratie benannt. Beunruhigt hat mich die Bemerkung, dies sei den Bürgern immer weniger bewusst. Was kann man in dieser Richtung tun, wenn es tatsächlich so ist, dass auch in Frankreich, in Deutschland, vielleicht auch in England und in anderen europäischen Ländern dieses Bürgerbewusstsein, selber Träger des Staates zu sein, verloren geht?

*Alfred Grosser:* Dass erste, was begriffen werden muss, ist, dass jeder von uns viele Identitäten hat – z.B. im Fall der muslimischen Lehrerin, die um das Recht kämpft, im Schulunterricht ein Kopftuch zu tragen, und sich dabei auf ihre Identität beruft. Ich kritisiere diesen Begriff: Sie ist Deutsche, sie ist Frau, sie ist Muslima, sie ist Baden-Württembergerin – sie hat demnach viele Identitätsmerkmale. Diese unterschiedlichsten ›Identitäten‹, die jedem von uns zukommen, müssten wir *synthetisieren* und als Bürger fruchtbar machen. In erster Linie sind die politischen Parteien dafür da, eine erste Synthese zwischen verschiedenen Teilen einer Bevölkerung herzustellen und sie gemeinsam zu vertreten, das heißt: Kompromisse zwischen verschiedenen Gruppen zu erreichen. Gibt es keine Parteien, so gibt es nur die Interessengruppen z.B. der Bauern, der Fischer, der Apotheker – und die pharmazeutische Industrie verteidigt sowieso erfolgreich ihre Macht. ›Bürger‹ sein heißt, eine Reihe von Identitäten zu synthetisieren. Und was ist dann Politik? Das sind Ziele, die sich eine Gemeinschaft gibt, um zu versuchen, ihre eigene Zukunft zu meistern. Wenn Sie Politik so definieren, macht es keinen Sinn, auf ›die Politiker‹ zu schimpfen, denn die Schlussfolgerung müsste ja sein, sich selbst zu engagieren. Aber so steht man abseits und kritisiert. In Deutschland wie in Frankreich gibt es natürlich viele Engagierte, Ehrenamtliche in Tausenden von Gruppierungen, in denen Menschen für andere Menschen arbeiten. Das ist auch eine Zukunftsempfehlung für Ruheständler, sich um andere zu kümmern, denn das gibt ihrem Ruhestand einen Sinn.

*Publikum:* Herr Grosser, Sie sind jüdischer Herkunft, gebürtiger Deutscher und französischer Staatsbürger. Sie haben Ihren Vortrag mit Humor gewürzt und Sie haben über Kultur und Ethik gesprochen. Sind nun die Deutschen anders als die Franzosen und ist das deutsch-französische Verhältnis wirklich ein ›Pflegefall‹?

*Alfred Grosser:* Man hat in Deutschland eine besondere Beziehung zu Frankreich. Selbst wenn es nicht gut steht in den Beziehungen beider Länder, gibt es noch immer sehr viel mehr Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Frankreich als zwischen Deutschland und irgendeinem anderen Land oder Frankreich und einem anderen Land. Als gemeinsamer Gast eines deutschen und französischen Botschafters war ich in Minsk, in Ottawa, in Kairo und in Bukarest und anderen Orten. Beide Botschafter hatten dort untereinander immer bestes Einvernehmen, und die Klagen über die Beschneidung der Finanzmittel für die Darstellung der Kultur des

eigenen Landes waren einmütig. Der Rotstift wütet bei den Goethe-Instituten wie im *Institut Français*, und die Inhalte werden darüber immer unbedeutender.

Kultur liegt bekanntlich in drei verschiedenen Dingen: Zuerst sind da die Kulturgüter wie z.B. die Musik und die Literatur. So werden allgemein Goethe und Mozart der Kultur zugerechnet und das Fernsehen nur zum geringsten Teil. Auf die Frage »Was machen Sie in Ihrer Freizeit?« antworten die aber meisten Zeitgenossen: »Fernsehen sehen«. Kultur ist also meist das, dessen Ausübung man anderen anvertraut. Ethnologen und Soziologen definieren Kultur seriöser: Das sind die gemeinsamen Werte und Überlieferungen einer Gemeinschaft.

Das dritte Merkmal ist für mich das Wichtigste: die Fähigkeit zur *Distanz* zu den gemeinsamen Werten und Überlieferungen. Die erste Forderung ist also, sich selbst zu befragen: Sage ich etwas, weil ich dieses oder jenes bin; schreibe ich etwas, weil ich Franzose, weil ich Pariser bin? Ein persönliches Beispiel: seit 1990 gibt es in Frankreich ein Gesetz, das es auch in Deutschland gibt: Es ist bei Strafe verboten, »Auschwitz« zu verleugnen. Mit dem Schicksal meiner Familie im Hintergrund, begrüßte ich zunächst das Gesetz. Später ging ich auf Distanz und sagte mir: Ja, aber meine armenischen Freunde, die vergeblich für die Anerkennung des Massenmordes an Armeniern von 1915 kämpfen, haben nichts davon, denn es gilt nur für die Verbrechen der Hitlerzeit. Also ging ich zu mir selbst auf Distanz.

Einen Vorbehalt habe ich allerdings gegen den Begriff der »Toleranz«. Denn was bedeutet heute Toleranz anderes als: »Mir ist egal, was Du tust, vorausgesetzt, Dir ist egal, was ich tue«? Das ist nicht Toleranz, sondern Abdankung der Erzieher in ihrer Aufgabe, z.B. des Lehrers, des Professors, des Vaters, der Mutter, die im Zeichen der Toleranz alles zulassen. Das ist nicht tolerant, sondern der Verzicht auf Erziehung.

*Publikum*: Sie hatten an den Mai 1950 erinnert und gesagt, damals sei der deutsch-französische Ausgleich gestiftet worden. Damals wurde die *Montan-Union* begründet. Wieso hat sie den deutsch-französischen Ausgleich besonders befördert?

*Alfred Grosser*: Der 9. Mai 50 war ein französischer Akt der Selbstbefreiung, eine große politische Tat. Weder nahm man die gegebene Lage als unveränderlich hin, noch verleugnete man die Abhängigkeiten. Man versuchte, die Zwänge schöpferisch zu verwandeln: Frankreich 1950 konnte wegen der Entkolonisierung nicht mehr in Afrika dominieren und auch auf Deutschland nicht länger Einfluss nehmen, denn der Ost-West-Konflikt hatte begonnen. Einfluss und Herrschaft sollte Frankreich nun eine gleichberechtigte Kontrolle der Kohle- und Stahlproduktion des Nachbarn sichern, die in einer supranational geführten Gemeinschaft ausgeübt werden sollte und also absolut europäisch blieb. Auf deutscher Seite sah Adenauer darin einen großen Schritt zur Gleichberechtigung der jungen Bundesrepublik. So konnte mit der Gründung der Montan-Union endlich einmal ein Außenminister der Bundesrepublik einen internationalen Vertrag unterzeichnen.